

Die Worte des Dichters Friedrich Schiller: „Von der Partein Gunst und Haß verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte“, fallen einem unwillkürlich ein, wenn man sich der Mühe unterzieht, die

verschiedenen Urteile westdeutscher Historiker und Publizisten über Claus von Stauffenberg und den 20. Juli 1944 zu analysieren. Von der Behauptung der „National-Zeitung“, dem Organ der Nennzis, daß Stauffenberg ein „Rechter“ gewesen sei, auf den die „Läutchen“ in der Bundesrepublik sich nicht berufen dürften bis zu der Ansicht eines Glayvius oder Allan Dulles, daß Stauffenberg Kommunist bzw. Vorkämpfer der proletarischen Revolution gewesen sei, reicht die schillernde Skala der Meinungen.

Demnach verbergen sich hinter diesem Farbenreigen bestimmte Entwicklungslinien in der Wandlung des Bildes von 20. Juli 1944 und des Attentäters Claus von Stauffenberg in der westdeutschen Historiographie. Welche Entwicklungslinien sind charakteristisch und worin bestand und besteht ihre politische Funktion?

Im Januar 1964 verstarb Alexander von Stauffenberg. Er war der einzige der drei Brüder, der die Zeit der faschistischen Diktatur überlebte. Nach wochenlangen Verhören und monatelanger Haft in verschiedenen Konzentrationslagern — Himmeler hatte bekanntlich vor den Gauleitern im namuligen Posen verkündet, daß die Familie Stauffenberg bis ins letzte Glied ausgerottet werde — erlebte er durch eine Reihe glücklicher Umstände die Befreiung. Einem dreijährigen Aufenthalt bei Freunden am Bodensee folgte von 1948 bis zu seinem Tode die Zeit als Ordinarius für alte Geschichte an der Universität München. Inwiefern bejahet oder leugnet Alexander von Stauffenberg die dominierenden Varianten der bundesdeutschen Historiker über die Verschwörung?

Diese Fragen — besonders die erste — zu beantworten, bereitet einige Schwierigkeiten. Die Stellung zum Faschismus war für die herrschenden Kreise der Bundesrepublik seit ihrer Gründung ein aktuelles Problem, das bis heute noch nicht bewältigt worden ist. Infolge der Zweispaltigkeit der Verschwörung des 20. Juli 1944 auf verschiedener Ebene — politische Differenzen zwischen den beteiligten Gruppierungen, Ablehnung der Hitlerdiktatur und aktiver Widerstand gegen die Staatsordnung — wird die Faschismuskritik als generelles Problem noch zusätzlich erschwert. Das widerspiegelt sich darin, daß das Thema ständig neu aufgefunden wird und eine Fülle von Veröffentlichungen erschienen ist. Neun Zehntel aller westdeutschen Darstellungen über den 2. Weltkrieg setzen sich mit der Verschwörung auseinander. Zum anderen gibt es noch keine umfassende marxistische Analyse der Widerspiegelung des 20. Juli 1944 in der westdeutschen Historiographie und Publizistik.

Für diese Widerspiegelung ist zunächst charakteristisch, daß sich die Beurteilung des Ereignisses in den Jahren unmittelbar nach 1945 von dem Zeitpunkt der Konsolidierung der Bundesrepublik unterscheidet. Während anfangs eine relativ objektive Wertung vorherrscht, gewinnen später Werke auf antikommunistischer Basis, die die reaktionären Kräfte der Verschwörer beschuldigen oder gar die gesamte deutsche Widerstandsbewegung diskreditieren, die Oberhand. Das kann selbst durch den Vergleich mehrerer Auflagen eines Werkes nachgewiesen werden. Diese Tatsache hängt mit der Anfangs von den Westmächten betriebenen Politik der „Reduktion“ und den Bestrebungen einer „Geschichtsrevision“

Dr. Günter Katsch:

Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt...

zusammen. Einen wesentlichen Einschnitt in der Beurteilung des 20. Juli 1944 bildet das Buch des besonders in den fünfziger Jahren äußerst einflussreichen Historikers Gerhard Ritter „Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung“. Mit diesem Buch und einem für das berichtigte Handbuch der Bundeswehr „Schicksalsfragen der Gegenwart“ geschriebenen Aufsatz hat Ritter den Weg gewiesen, die Legitimität der Aktionen der Verschwörer zu leugnen und sie zu Verurteilern zu stempeln. Diese Ansichten fanden bei den nationalistischen Kräften begehrte Zustimmung, setzten sich jedoch generell nicht durch. Auch der Einfluß Ritters ging zurück. Hätte sich diese Richtung durchgesetzt, wäre das einem offenen Bekenntnis zum Faschismus gleichgekommen, an dem der herrschenden Klasse nicht gelegen war.

Charakteristisch ist etwas anderes. Bis vor wenigen Jahren galt in der westdeutschen Geschichtsschreibung nahezu unangefochten die These von einer angeblichen Diskontinuität der geschichtlichen Entwicklung in Deutschland zwischen 1933 und 1945. Durch den Faschismus sei die kontinuierliche Entwicklung radikal unterbrochen worden, das Jahr 1945 bedeute die „Stunde Null“ und die Gründung der Bundesrepublik sei ein Neubeginn gewesen.

In dieser Zeit konzentrierten sich Historiker und Publizisten auf die Würdigung der konservativen Gruppierungen der Verschwörung um Goerdeler und Beck, wobei Teile des Militärs, der militärischen Führung und der staatlichen Bürokratie einbezogen wurden. Dieses Verfahren rief heftige Widersprüche hervor. Einerseits sah sich der Bonner Staat im Interesse einer angeblich antifaschistischen Grundlage gezwungen, sich zu der Verschwörung, ja selbst zu Claus von Stauffenberg — wobei das Stauffenbild verzerrte Züge aufweist — zu bekennen, andererseits war er aber angesichts der von ihm betriebenen Politik auf hitlertreue Generale und Offiziere angewiesen, die sich durch das Herausstellen der Verschwörer brüskiert fühlten. Außerdem konnte sich das mit dem 20. Juli 1944 verknüpfte Problem des Widerstandes gegen die Staatsgewalt jederzeit als Bumerang erweisen. So hatte Alexander von Stauffenberg, der sich zur Tat seiner Brüder uneingeschränkt bekannte — er selbst war an der Verschwörung nicht beteiligt — und entschieden gegen die neonazistischen Bestrebungen der Diskreditierung und der Verleumdung des 20. Juli 1944 auftrat, in der Rede „Staatsbürgerliches Widerstandsrecht als Pflicht“ die er 1958 vor dem „Deutschen Klub 1954“ hielt, ausgeführt, daß es ein Verbrechen des 20. Juli bleibe, „daß wir mit heiligem Herzen Wache stehen vor dem Palladium der Demokratie und alle Versuche energisch zurückweisen, die sich daran vergreifen, um an ihrer Stelle den restaurativen Oberkeits- und Polizeistaat aufzurichten.“ Das Widerstandsrecht des einzelnen werde zur Pflicht, wenn eine verantwortungslose Führung das Recht beuge, die Verfassung in Gefahr bringe oder den Na-

men des Vaterlandes und seine Ehre befehle. Alexander von Stauffenberg, der die Notstandsgesetzgebung und die atomare Bewaffnung der Bundeswehr leidenschaftlich verurteilte, charakterisierte die Bundesrepublik als „großen Polizeistaat mitternächlicher Observanz“, gegen den man nicht nur vom Widerstandsrecht Gebrauch machen dürfe, sondern gegen den angesichts seiner Politik das Widerstandsrecht zur Widerstandspflicht werde.

1965 charakterisierte der damalige Bundeskanzler Erhard die westdeutsche Gegenwart als „nachfaschistische Gesellschaft“. Das war ein Ausdruck des in dieser Zeit erhobenen Kontinuitätsanspruches, der mit der Neubewertung des faschistischen Staates, mit seiner positiven Umwertung, in Zusammenhang steht. Den herrschenden Kreisen kam es darauf an, sowohl den „angeblich demokratischen

kein Grund zur Selbstüberhebung oder zu häßlicher Schmähung. Das Märtyrertum der Rebellen am Gelben ist keine geringere, aber auch kein höheres Opfer als der Soldatentod der Eidgetreuen. Hier hilft nur gegenseitiger Respekt und ein Wiederzusammenwachen.“ Dieses Ansinnen könne dem Wünsche gleich, Lufker und den Erzenkel Gabriel zur Ehe bewegen zu wollen. Es hat auch nicht die gewünschte Resonanz gefunden.

Derartige Umdeutungsversuche werden durch die Existenz entgegengesetzter politischer Auffassungen der Verschwörer erschwert. Die Gruppierung Stauffenberg-Leber-Mollke hatte — wie trotz der ungünstigen Quellenlage marxistische und progressive bürgerliche Historiker nachgewiesen haben — ein bürgerlich-demokratisches Reformprogramm entwickelt, das in einigen Fragen bereits die Grenzen bürger-

seht, deutsche Kommunisten für ein Auftreten „gegen die vom Nationalkomitee proklamierte politische Linie“ zu gewinnen.

Gegen diese Irreführung kann man die Ansichten des Grafen Alexander von Stauffenberg ins Feld führen. Der Bruder des Attentäters bestätigt, daß die Gegensätze zwischen den Gruppierungen der Verschwörer politischer Natur waren. So heißt es in dem Aufsatz „Claus Graf Schenk von Stauffenberg“, daß sich Angehörige des Kreisauer Kreises „radikale Forderungen so sehr zu eigen gemacht (hätten), daß sie gewisse Vorbehalte gegen Goerdeler und die Seinen nicht unterdrücken konnten“. Diese Einschätzung hat Alexander von Stauffenberg erneut bestätigt. So erscheint ihm die Freundschaft zwischen Claus von Stauffenberg und Julius Leber als ein Sinnbild dafür, „daß ... die innersten Triebkräfte dieser Erhebung über das unmittelbare Ziel des Umsturzes hinaus nicht auf Restauration gerichtet waren, sondern — bei unbedingter Bindung an die lebendigen Überlieferungen — beherrschend waren von dem Willen zu einer revolutionären Neugestaltung des Reichs in einem neuen Europa“.

Bei der Analyse des Bildes der Verschwörung von 20. Juli 1944 in der westdeutschen Historiographie muß unbedingt berücksichtigt werden, daß die deutsche Widerstandsbewegung auf die Verschwörung des 20. Juli lange Zeit reduziert worden ist, wobei einigen Historikern die Gruppierung um Stauffenberg ein Dorn im Auge war. Der Anteil der KPD an der Widerstandsbewegung wird verschwiegen oder als Landesverrat abgetan. Erst in jüngster Zeit ist man dazu übergegangen, die gesamte Widerstandsbewegung anzuerkennen, wobei die These vom Landesverrat der KPD aufrechterhalten wird.

Diese Mängel hat Alexander von Stauffenberg nicht mitgemacht. In einer Rede sagte er wörtlich: „In einem Ehrenbuch des deutschen Widerstandes sind sowohl die von den Janitscharen Hitlers in ihren Privatlagen bis auf Blut gespingelten oder hingeschlichenen Kämpfer der Linken als auch die Männer der gemäßigten Rechten zu erwähnen.“

Der westdeutsche Stauffenberg-Biograph Bodo Scheurig klagt darüber, daß im Westen Deutschlands — und betont ausdrücklich, daß nur von ihm die Rede sei — um den Helden des 20. Juli 1944 ein verengter Bogen gemacht werde und man ihn nicht liebe. Neuesten Meldungen zufolge sind Kasernen der Bundeswehr, die den Namen Stauffenberg tragen, inzwischen — oft heimlich, still und leise — umbenannt worden.

Sowjetische Historiker haben in gemeinsamer Arbeit mit ihren Kollegen aus der DDR den historischen Platz der Verschwörung in der deutschen Geschichte in ihrer Größe und ihren Grenzen bestimmt. Sie erwarben sich damit auch das Verdienst, ein von der Partein Gunst und Haß verwirrtes Stauffenberg-Bild auf den Boden marxistischer Geschichtsauffassung gestellt zu haben.

Das Bild der Verschwörung des 20. Juli 1944 in der westdeutschen Historiographie und seine politische Funktion

Charakter des Bonner Staates aufrechtzuerhalten, als auch entscheidende Elemente des faschistischen Staates neu zu deuten, damit eine positive Wertung des Staates als Ganzes erfolgen konnte. Gleichzeitig sollte die Großbourgeoisie nicht nur von ihrer Verantwortung für die faschistische Machtübernahme und ihrer Auswirkungen entlastet, sondern sogar zu einer entscheidenden Gegenkraft deklariert werden. Durch eine willkürliche Gegenüberstellung von „staatszerstörenden“ (die NSDAP) und „staatsverhaltenden“ (Beamtenapparat, Militär) Kräften wird versucht, die politische und soziale Basis der bürgerlichen Opposition soweit wie möglich nach rechts zu erweitern und selbst die SS einzubeziehen. So wird behauptet, daß es auch der SS-Führung gegen Ende des Krieges darum gegangen sei, die „Staatsform zu ändern“, damit „Deutschland das ärgste Schicksal erspart bliebe. Auf diese Weise sollen sowohl Vorbehalte gegen die Verschwörer des 20. Juli 1944 abgebaut — man spricht sich davon, daß auch die neonazistischen Kräfte, die diesen Widerstand bisher als „Landesverrat“ brandmarkten, die Richtigkeit ihrer Auffassung bezweifeln, wenn ihnen bewußt wird, daß selbst die SS dem Krieg schon lange als verloren eingeschätzt — als auch der politische Formierungsprozess im Sinne einer Neuaufgabe der Harzburger Front durch eine stärkere Aktivierung rechter Kräfte intensiviert werden. Kennzeichnend für derartige Versuche, die Verschwörer und die hitlertreuen Militärs auszusöhnen, ist bereits die Einleitung der berüchtigten „Kaltenbrunner Berichte“, in der es heißt: „Weder die Attentäter noch die Eidtreuen haben das Reich retten können. Es besteht für alle

licher Klasseninteressen überschritt. Stauffenberg und seine Freunde waren der Auffassung, daß das neue Deutschland ein demokratischer Staat sein müsse, der sich auf alle Volksschichten und antifaschistischen Kräfte, einschließlich der Kommunisten, stützen sollte. Diese Gruppierung trat für eine Zusammenarbeit mit der kommunistischen Widerstandsbewegung und für freundschaftliche Beziehungen zur UdSSR ein. Die Verfassungskomitee Carl Goerdelers hingegen zielte darauf ab, die Volksmassen von der Gestaltung des staatlichen Lebens fernzuhalten und sich mit den Westmächten gegen die UdSSR zu verbünden.

Die westdeutschen Historiker können natürlich nicht umhin zuzugeben, daß es zwischen den Gruppierungen um Stauffenberg einerseits und Goerdeler-Beck andererseits Differenzen gegeben hat. Sie versuchen aber, diese Differenzen zu bagatelisieren, deren politischen Charakter zu leugnen und sie auf ein Generationsproblem zurückzuführen. Dagegen werden die Motive, die Stauffenbergs Handeln bestimmten, lediglich auf eine Entscheidung des Gewissens reduziert. Andere Historiker bemühen sich zu „beweisen“, daß Stauffenberg letzten Endes ebenfalls die reaktionären Ansichten Goerdelers teilte. In jüngster Zeit sind sogar Bestrebungen im Gange, Stauffenbergs Eintreten für eine Verständigung mit der UdSSR nicht nur als „taktische Entscheidung“ hinzustellen, sondern die Orientierung auf die Sowjetunion und die Förderung, gemeinsam mit der KPD für den Sturz der faschistischen Diktatur zu kämpfen, im Sinne des Antikommunismus so zu werten, daß herauskommt, Stauffenberg habe damit ver-

Jeder zweite Forscher arbeitet am Atomprogramm

Mehr als die Hälfte des gesamten westdeutschen Forschungs- und Entwicklungspersonals (insgesamt über 100.000 Mann) arbeitet in den Kernforschungsanstalten, also mehr als in allen Universitäten, Hochschulen und den Max-Planck-Instituten Westdeutschlands („Atomwirtschaft“ Düsseldorf). Minister Stoltenberg teilte kürzlich mit, daß insgesamt 8 Milliarden DM für das Atomprogramm der Jahre 1969 bis 1973 bereitgestellt. Ein UNO-Bericht über die materielle und personelle Ausstattung für eine kontinuierliche Kernkraftproduktion auf 1300 Ingenieure und 500 Wissenschaftler, die Kosten für eine „kleine“ Atomstromkraft auf 1,7 Milliarden Dollar für 10 Jahre.

BONN GREIFT NACH DER BOMBE

Die Möglichkeit der Herstellung von bombenreinem Plutonium durch Gaszentrifugen. Die Erzeugung von militärisch verwendbarem Plutonium kann entweder durch Reduktion des Abbrandes der Brennelemente in Reaktoren oder durch nachfolgende Reinigung des Plutoniums von dem unerwünschten Plutonium-Isotop 240 mit Hilfe einer Isotopentrennanlage erfolgen. Der erste Weg wurde von den „alten“ Atommachern beschritten. Er hat den Nachteil, daß der Uranverbrauch der Reaktoren auf ein Vielfaches der Menge ansteigt, die für den wirtschaftlichen Betrieb der Kernkraftwerke benötigt wird. Da die eigenen Uranvorkommen der westdeutschen Bundesrepublik beschränkt sind, würde ein überhöhter Uranimport resultieren, der nur mit Kollision der Uran-Lieferanten gehandhabt werden könnte. Das gilt im verstärkten Maße für die Lieferung angereicherter Urans, das für die Leichtwasserreaktoren benötigt wird, die die Bundesrepublik über keine eigenen Anreicherungsanlagen verfügt und der Bau solcher Anlagen kaum abgesehen werden könnte. Der zweite Weg setzt die Entwicklung eines technisch verwendbaren Verfahrens

IG-Farben-Nachfolger errichten Atomreaktoren

Nach der Badischen Anilin- und Sodafabrik AG und der von Hoechst abhängigen Chemischen Werke Hils AG Marl kündigte nun auch der dritte IG-Farben-Nachfolgerkonzern, die Bayer AG Leverkusen, die Errichtung eines betriebseigenen Kernreaktors (Aufwand 330 bis 400 Millionen DM) an. Dem gleichen Betrag hat Hils vorgeschrieben, das Atomkraftwerk der BASF kostet 600 bis 700 Millionen. Alle Kernreaktoren sind auch für die Herstellung militärisch verwendbaren Plutoniums geeignet.

DKP warnt vor Mißbrauch der Meeresforschung

Ein in Westdeutschland entwickeltes Unterwasser-Laboratorium soll rund drei Kilometer südlich von Helgoland auf 23 Meter Tiefe gehen. Jeweils zehn Tage sollen vier Wissenschaftler das Labor betreiben und von dort aus Forschungen betreiben. Der DKP-Landesverband Schleswig-Holstein hatte mit einer Erklärung die Öffentlichkeit auf den Bonner Pläne zum Mißbrauch der Meeresforschung zur militärischen Zwecke aufmerksam gemacht. Die DKP hat die Befürchtung geäußert, daß Versuche zur Erforschung tiefen Wassers und des Meeresgrundes für militärische Zwecke, etwa zur Einrichtung von Depots, Hochanlagen, Unterwasserbasen sowie Abschußrampen unternommen werden sollen.

5 Aus einem von den Professoren Benthke, Puch, Mühlensperger, Rübner und Alexander unterzeichneten Gutachten.

Plutonium-Isotope. Die Kapazität von 10 Zentrifugen dieses Typs würde genügen, um in einem Jahr Plutonium für eine Bombe vom Nagasaki-Typ herzustellen. Der dazu erforderliche räumliche und energetische Aufwand ist so gering, daß er in keiner Weise auffallen würde. Westdeutsche Pressemeldungen lassen den Schluß zu, daß eine westdeutsch-niederländische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ultrazentrifugen existiert. (Nach Veröffentlichung des Gutachtens — am 11. März 1969 — wurde in London eine Vereinbarung über die Zusammenfassung der entsprechenden Forschungseinrichtungen Westdeutschlands, Großbritannien und der Niederlande getroffen. D. Red.) Über die Möglichkeiten dieser neuen Erfindung schrieb die „Frankfurter Rundschau“ am 25. April 1968: „... daß die benötigten Einrichtungen so klein und so billig sein werden, daß die meisten Länder sich eine derartig unumfüllige Fabrik leisten könnten. Theoretisch würde ein solches Land in Geheimen eine Kernbombe entwickeln können, ohne daß die übrige Welt etwas davon merkt.“

Moral verpöht - Unis an der Kandare

Seit drei, vier Wochen ist in Baden-Württemberg, in Bayern und an anderen westdeutschen Universitäten und Hochschulen, auch in Westberlin, der Teufel los. Die Studenten protestieren, demonstrieren, streiken; und was gewisse Bonner Herren am meisten schmerzt: meist in voller Eintracht mit der Mehrzahl der Professoren, Ursache dieses bemerkenswerten einheitlichen

2. Die Abschaffung der Studentenvertretungen. Nachdem die Spaltung des Verbandes Deutscher Studentenschaften den Spalter nur einen Mini-Erfolg brachte (genau fünf Hochschulen gehören zur neugeschaffenen Spaltergruppe), soll jetzt der Allgemeine Studentenausschuss liquidiert, damit jede Möglichkeit gemeinsamer Willensbildung der Studenten beseitigt werden.

3. Schließlich gegen die vollständige Abhängigmachung der Universitäten vom Staat. Das wird auf verschiedensten Wegen versucht — über einen staatlichen Universitätspräsidenten, über eine Fachaufsicht des zuständigen Regierungsbeamten, der damit alle Entscheidungen der Hochschulpreziden rückgängig machen kann, usw. Wohin das zielt, macht z. B. unser Faktum deutlich. Die Universitätsangehörigen von Heidelberg beanspruchten für ihre Vertretungen das Recht, „moralisch bedenkliche“ Forschungsaufträge abzulehnen, und sie legten dieses Recht in ihrer neuen Universitätsverfassung („Grundordnung“) nieder. Die Landesregierung benutzte ihr neues Hochschulgesetz, das ein solches Recht nicht vorsieht, um diesen Passus — wie einige andere — aufzuheben. Per staatlichen Oktroz sollen die Wissenschaftler also gezwungen werden, z. B. an Bonns Rüstungsforschung, der Forschung an bakteriologischen und chemischen Waffen, an Untersuchungen für die Weiterentwicklung der psychologischen Kriegführung, an soziologischen Einsatzstudien für die Bundeswehr usw. mitzuarbeiten.

Vor zwei Wochen bewies der VDS, daß mehr als 120 Hochschulinstitute im Auftrag Bonns und des Pentagons an Geheimforschungen allein für B- und C-Waffen beteiligt sind. Die Gesetzgebung soll dieses aggressive Programm unterstützen — das imperialistische Herrschaftssystem wird perfektioniert. tom



Die Besetzung der Universität Heidelberg hat den Widerstand der Studenten gegen die Maßnahmen der Landesregierung zur Verdrängung der neuen Grundordnung vor dem Verwaltungsgericht in Karlsruhe zu einem Erfolg werden soll. Die Besetzung der Universität Heidelberg hat den Widerstand der Studenten gegen die Maßnahmen der Landesregierung zur Verdrängung der neuen Grundordnung vor dem Verwaltungsgericht in Karlsruhe zu einem Erfolg werden soll.

Handeln ist die beschleunigte Durchsetzung der Hochschulgesetze in mehreren Bundesländern — teils schon abgeschlossen, teils noch bevorstehend.

Die Demonstranten wehren sich vor allem gegen drei Komplexe, die — unterschiedlich gewichtet — in allen diesen Gesetzen auftauchen:

1. Die Schaffung des neuen „Ordnungsrechtes“, das die Studenten einer zweiten und vor allem in keiner Weise vor Willkür geschützten Gerichtsbarkeit neben dem ordentlichen Strafrecht unterwirft. Der vom Staat eingesetzte Ordnungsbefehltragte bestimmt allein, was Störung des Lehrbetriebs ist (wofür Strafen bis zum Ausschluss vom Studium an allen westdeutschen Hochschulen für mehrere Jahre ausgesprochen werden können) — in einem Verfahren wurde bereits ein mehrfaches Malen in der Vorlesung als solches geahndet. Untersuchung und Urteilsfindung liegen in einer Hand, es gibt keine Verteidigung.